

WAS WURDE AUS ...

... Haiti nach dem Erdbeben?

PORT-AU-PRINCE. Vier Jahre nach dem Erdbeben in Haiti meldet die Regierung zwar Fortschritte. Allerdings ist die humanitäre Lage in dem Inselstaat in der Karibik weiter kritisch: Etwa 600.000 Menschen sind derzeit an der Cholera erkrankt, 8.300 in den vergangenen drei Jahren gestorben.

Unabhängige Wissenschaftler weisen in Studien darauf hin, dass möglicherweise nepalesische UN-Soldaten die Krankheit verbreitet haben, indem sie – wenigstens ohne Absicht – ungeklärte Abwässer in einen Fluss leiteten. Menschenrechtsanwälte haben inzwischen eine Massenklage in New York – dem Sitz der Vereinten Nationen (UN) – eingereicht. Sie fordern jeweils 100.000 US-Dollar für die Angehörigen der Verstorbenen und 50.000 Dollar für jeden Überlebenden der Krankheit. Bislang weist die UN jede Schuld von sich. Bei dem Erdbeben am 12. Januar 2010 waren nach offiziellen Angaben 316.000 Menschen ums Leben gekommen. str



»Gelungene Integration ist unauffällig«

Gesellschaft: Migrationsforscher Klaus Bade über Freizügigkeit und Willkommenskultur – Am 8. Februar in Aschaffenburg

BERLIN/ASCHAFFENBURG. Deutschland braucht keine Freizügigkeitsdebatte – sondern eine Willkommenskultur für Zuwanderer. Diesen Standpunkt vertritt der Berliner Professor Klaus Bade, einer der führenden Migrationsforscher des Landes. Am Samstag, 8. Februar, wird der 69-Jährige Gastredner der Aschaffener Integrationskonferenz sein. Moni Münch hat mit ihm gesprochen.

Zuwanderern, geht es um gezielte Integrationsförderung. Wie das geht, können wir in Kanada lernen: Dort kümmert man sich buchstäblich um alle Alltagsfragen und bezieht dabei auch die Partner und die Familie mit ein. Das ist entscheidend mehr als ein Sprachkurs in der Volkshochschule.



Ist überzeugt, dass Integration in Deutschland trotzdem besser ist als ihr Ruf. Woran machen Sie das fest?

Sie sind der Auffassung, dass Integration in Deutschland trotzdem besser ist als ihr Ruf. Woran machen Sie das fest?

Integration ist die messbare Teilhabe an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, etwa an Erziehung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Sozial- und Rechtssystem und so weiter. Das reicht bis zur politischen Teilhabe, die natürlich vom rechtlichen Status abhängt. In meiner Zeit als Leiter des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration haben wir mit Studien gearbeitet, die belegen, dass die Integration in Deutschland in all diesen Bereichen erkennbar besser gelungen ist als es die gängigen Vorurteile glauben machen. Auch im internationalen Vergleich! Aber gelungene, erfolgreiche Integration ist immer unauffällig: Man merkt gar nicht, dass sie sich vollzieht. Auffällig sind nur die Betriebsunfälle – die Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Über die wird eifrig berichtet. So entstehen Zerrbilder.

Die Integration ist immer unauffällig: Man merkt gar nicht, dass sie sich vollzieht. Auffällig sind nur die Betriebsunfälle – die Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Über die wird eifrig berichtet. So entstehen Zerrbilder.

Warum? Aus mehreren Gründen: Das Argument ist sachlich falsch, von Einzelfällen und von speziellen Problemen einiger Kommunen abgesehen, und die meisten dieser Kommunen liegen nicht in Bayern. Die menschenfeindliche Rede von Armutswanderern als Gefahr ist eine Schande.

Die menschenfeindliche Rede von Armutswanderern als Gefahr ist eine Schande. Übersehen wird dabei, dass es auch in der deutschen Geschichte zahllose Armutswanderer gegeben hat. Das Echo schadet uns im Innern und nach außen: gesellschaftspolitisch, europapolitisch und im Wettbewerb um qualifizierte Zuwanderer. Denn solche kommen aus Bulgarien und Rumänien bei weitem mehr als Armutswanderer, die im Vergleich dazu eine winzige Minderheit sind. Allein aus Rumänien kommen mehr als 2000 Ärzte, die in Deutschland arbeiten!

Auch am Untermain leben und arbeiten hoch qualifizierte Einwanderer – etwa junge Griechen und Spanier, die in ihrer Heimat keinen Job gefunden haben. Ist das schon gelungene Integration?

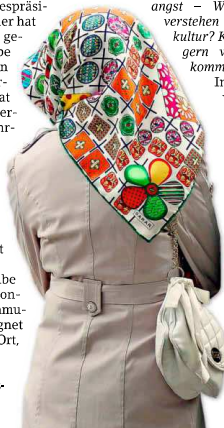
Der Knackpunkt ist: Viele dieser früher oder später wieder zurückzukehren. Es geht also um Holen und Halten: Wir brauchen qualifizierte Zuwanderer als Einwanderer auf Dauer. Genau hier, bei den Neu-

Integration ist bundesweit Thema, passiert aber vor allem in den Kommunen. Foto: dpa

also in den Kommunen. Dort wurde die eigentliche Integrationsarbeit geleistet. Unterdessen lief auf Bundesebene der Prinzipienstreit, ob Deutschland Einwanderungsland sei oder nicht. Hätten sich die Kommunen ebenfalls in Grundsatzdebatten verlaufen, statt sich in der Integrationspraxis zu engagieren, dann wäre uns vielleicht der ganze Laden um die Ohren geflogen. Es ist sowieso ein Wunder, dass das alles, trotz vieler Defizite und unmöglicher Probleme, im Großen und Ganzen gut ausgefallen ist!

Was könnte auf kommunaler Ebene verbessert werden? Kommunen sind und bleiben die Pioniere der Integrationsarbeit – aber sie sollten sich besser austauschen und nicht so oft das Rad neu erfinden. Viele finanzschwache Kommunen brauchen für ihre Integrationsaufgaben auch Geld. Deshalb werbe ich für einen nationalen Integrationsfonds.

Sie leiten in Aschaffenburg einen Workshop unter dem Titel »Identität – Kultur – Angst – Willkommenskultur. Was verstehen Sie unter Willkommenskultur? Kann ein Staat seinen Bürgern verordnen, Fremde willkommen zu heißen? In Deutschland betreiben wir im Grunde nur Willkommens technik am Hauseingang für erwünschte neue Zuwanderer. Wir vergessen, dass im Haus schon rund vier Generationen von Einwanderern leben. Sie werden oft noch immer wie Fremde behandelt, im Schulwesen oder am Arbeitsmarkt benachteiligt und mit kleinen Andeutungen immer wieder daran erinnert, dass sie irgendwie nicht dazugehören. Den hier nötigen Bewusstseinswandel kann man nicht amtlich



Zur Person: Der Berliner Professor Klaus Bade

Der Berliner Klaus Jürgen Bade (Jahrgang 1944) ist emeritierter Professor für Neueste Geschichte an der Uni Osnabrück, Politikberater und Migrationsexperte. Er war bis Juni 2012 Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Bade vertritt die These, dass Deutschland längst Einwanderungsland ist und positionierte sich unter anderem klar gegen Thilo Sarrazin's Polemik. 2013 erschien Bades Buch »Kritik und Gewalt: Sarrazin-Debatte, Islamkritik, und Terror in der Einwanderungsgesellschaft« (m).

verordnen. Wir müssen dafür mit überzeugenden Konzepten werben, die schon in der Kita einsetzen sollten.

Wenn wir schon bei Verbesserungsversuchen sind – wo besteht noch Handlungsbedarf, damit Integration gelingt?

Unsere Begriffe und Konzepte müssen neu durchdacht und der veränderten Wirklichkeit angepasst werden: In einer Einwanderungsgesellschaft, die vier Generationen von Einwanderern umfasst, kann es – von Neuzuwanderern immer abgesehen – nicht mehr vorrangig um

Staatliche Integrationspolitik war über Jahrzehnte hinweg eine dramatische Pleite.

»Integrationspolitik für Migranten« gehen. Man kann Menschen in der dritten oder vierten Generation doch nicht mehr sagen: Integriert Euch mal schön! Das ist eine Beleidigung und ein Armutszugnis für die Einwanderungsgesellschaft. Es geht um teilhaborientierte Gesellschaftspolitik für alle.

Zur Integration gehören immer zwei Seiten: Hat man die deutsche Seite bisher ausreichend eingebunden?

Das ist ein weiterer wichtiger Punkt: Die sogenannte Integrationspolitik hat sich nur um die Minderheiten gekümmert. Sie hat dabei die Mehrheitsbevölkerung, also die Deutschen ohne den sogenannten Migrationshintergrund, vergessen. Das Zusammenwachsen von Mehrheits- und Einwandererbevölkerung zur Einwanderungsgesellschaft ist aber eigendynamischer und unumkehrbarer Wandel mit gewaltigen kulturellen und sozialen Veränderungen. Viele Einheimische fühlen sich als Fremde im eigenen Land. Diese Sorgen hat man nicht zureichend ernst genommen. Hier gibt es großen Vermittlungsbedarf.

Bürger können an der Integrationskonferenz (8. Februar, 9.30 Uhr bis 14.30 Uhr, Stadthalle Aschaffenburg) kostenlos teilnehmen. Anmeldung bis Montag, 27. Januar, an: aehrl@aschaffenburg.de, Tel. 06021/330-1207.

Kommentar

Schwierige Abwägung

Peter Hahne zur Kartell-Prüfung der Deutschen Bahn



Es läuft mal wieder nicht besonders rund für die Deutsche Bahn. Auch im 20. Jahr nach der Bahnreform, bei der die ostdeutsche Reichsbahn und die frühere Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft überführt wurden, häufen sich die Probleme. Das Jubiläumsjahr fing schon schlecht an: Der Staatskonzern geriet als möglicher Versorgungsbahnhof für ausgediente Spitzenpolitiker in die Schlagzeilen. Am Mittwoch erst wurde bekannt, dass das Verkehrsministerium dem

» Die Bahn ist nach wie vor das marktbeherrschende Unternehmen. «

Bahnvorstand nicht mehr recht zu trauen scheint und die Instandhaltung des Schienennetzes und die Verwendung von Milliardenzuschüssen aus der Steuerkasse künftig scharf kontrollieren will. Gestern schließlich reihte sich das Bundeskartellamt in die Kette schlechter Nachrichten für Bahnchef Rüdiger Grube ein: Die Wettbewerbsbehörden sehen einen Anfangsverdacht, dass der Ex-Monopolist seinen Wettbewerbern nach wie vor das Leben schwer macht. Nicht immer mit legalen

Mitteln. Vielleicht. Womöglich: Denn noch ist es zu früh, ein Urteil darüber zu fällen, ob die Bahn ihre Mitbewerber beim Ticketverkauf wirklich über den Tisch zieht. Das Kartellamt steht erst am Anfang einer aufwendigen Prüfung. Dabei wird schwer zu bewerten sein, ob die Bahn ihren Konkurrenten nur einen eingeschränkten Zugang zu ihren Vertriebskanälen gewährt. Und ob dies ernsthaft dem Wettbewerb schadet, wie die Konkurrenz behauptet.

Sicher: Die Bahn kann ihre Fahrkarten uneingeschränkt im Reisezentrum am Bahnhof verkaufen und hat so einen sehr guten Zugang zum Kunden. Andererseits: Kann man das Unternehmen zwingen, dort auch die Produkte seiner Rivalen zu vermarkten? Das wäre ein bisschen so, als würde man Aldi mit einem Gesetz vorschreiben, Lebensmittel von Lidl zu verkaufen.

Freilich ist die Bahn nach wie vor das marktbeherrschende Unternehmen. Ein Monopolist aber ist sie schon lange nicht mehr. Die Wettbewerber haben inzwischen ein Viertel des Marktes erobert. So sehr die Deutschen mit ihrer Bahn auch hadern und so richtig die Untersuchung des Kartellamts ist – die Bahn hat ein faires Verfahren verdient.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@mail-echo.de

Hoffnung auf bessere Zukunft

Torsten Henke zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen



Das ist doch paradox. Die Zahl der Arbeitslosen ist wieder über die magische Marke von drei Millionen gestiegen, an der sich jede Regierung messen lassen muss. Dennoch sind erleichterte Reaktionen zu vernehmen. Was im Falle der Bundesregierung nicht sehr überrascht. Doch auch die Ökonomen jubeln, rechnen mit einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit und Beschäftigungszuwachs im Jahresverlauf. Saisonbereinigt sprechen die Daten tatsächlich für eine leichte Erholung.

Für Euphorie besteht jedoch kein Anlass. Zumindest noch nicht. Es ist zu berücksichtigen, dass der Winter in vielen Regionen der Republik bislang ungewöhnlich mild war. Wie groß der Einfluss dieses Effekts auf

Die Statistik, wird sich erst im Frühjahr zuverlässig abschätzen lassen. Gleichwohl spricht viel dafür, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr im Schnitt unter drei Millionen liegen wird. Die deutsche Wirtschaft erweist sich als stark und robust, die Bürger konsumieren, die Betriebe sind zuversichtlich, selbst in der Bau- » Die deutsche Wirtschaft erweist sich als stark und robust. «

branche. Dennoch: Deutschland ist abhängig von der Entwicklung in anderen Ländern und Weltregionen. Die lässt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen. Und auch über die Folgen des geplanten Mindestlohns sind sich die Fachleute nicht einig.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@mail-echo.de

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei: Main-Echo GmbH & Co. KG, Weiherstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Postfach 10.07.48, 63705 Aschaffenburg, Telefon 06021/39.600, Telefax 06021/39.649, www.mail-echo.de

Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Reinhard Golombiewski; Chefredakteur: Martin Schwarzkopf; Mitglieder der Chefredaktion: Torsten Maier, Stefan Reits, Claus Mohrhard

Redaktion Aschaffenburg/Alzenau/Dieburg: Gabriele Fleckenstein, Barbara Löffel (Stv.), Peter Freudenberg (Lfd. Redakteur), Michael Müller (Erster Autor Alzenau & Kahrgönd), Redaktion Main-Spessart/Main-Tauber: Renate Ries, Boris Dauber (Stv.), Klaus Fleckenstein (Erster Autor Lohr & Main-Spessart), Guntmar Frisch (Erster Autor Wertheim), Redaktion Kreis Miltenberg: Georg Köllmeier, Manfred Wieland, Manfred Köllmeier, Stefan Reis, Torsten Maier, Thomas Jungwieser (Erster Autor), Sportredaktion: Günter Rüpke, Andreas Schanz (Stv.), Thomas Steigewald (Stv.), Serviceredaktion: Jürgen Dietrich, Technik und Organisation: Bernd Klebig, Verlagsleiter: Marco Esert, verantwortlich für Anzeigen: Werner Naumann (Sämtlich in Aschaffenburg, Weiherstraße 20). Für den Verkauf von Anzeigen gilt zuletzt: die Preisliste Nr. 60 vom 1. 1. 2014.

Berücksichtigt bei Tagesausstellung 26,90 Euro, bei Postzustellung 29,70 Euro (zweiwöchentlich, Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (z. B. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abstellungen nur schriftlich mit Unterschrift an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalsabschluss. Für die Übernahme von Artikeln in elektronische Presseformate erheben Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 030/7849730.

Viel Werbung in wirtschaftsnahen Unterrichtsmaterial gefunden

Studie: Kostenlose Schulinformationen oft interessegeleitet

BERLIN. Ernährungsinfos vom Getränkemittelhersteller oder Unterrichtsreihen zu Mobilität und Klimaschutz vom Automobilkonzern: Kostenloses Schulmaterial von Wirtschaftsunternehmen ist einer Studie zufolge oft interessegeleitet, inhaltlich unvollständig und didaktisch fragwürdig. Für den »Materialkompass Verbraucherbildung«, der gestern in Berlin veröffentlicht wurde, hat der Verbraucherzentrale Bundesverband seit 2010 insgesamt 450 Bildungsmedien verschiedener Herkunft untersucht. Das Ergebnis: Wirtschaftsnahes Material schnitten signifikant schlechter ab als die der Öffentlichen

Hand oder nichtkommerzieller Interessenverbände.

Nur ein Drittel der wirtschaftsnahen Medien erhielten die Noten sehr gut oder gut, fast ein Fünftel wurde mit mangelhaft bewertet. Zum Vergleich: Etwa drei Viertel der Materialien der Öffentlichen Hand oder von NGOs erhielten die beiden Bestnoten, mangelhaft waren nur zwei Prozent. »Das schlechtere Abschneiden wirtschaftsnaher Materialien legt den Schluss nahe, dass sich werbliche und wirtschaftliche Interessen negativ auf die Qualität der Bildungsmedien niederschlagen«, resümierte Projektleiterin Tatjana Bielke. dpa